

Deutschland und Litauen: Politische Beziehungen 1990 - 2000

Wolfgang Ischinger

- I. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen haben zwischen 1990 und 2000 einen großen Sprung nach vorne gemacht. Dies liegt vor allem an der Entwicklung, die Litauen beim Umbau des Staates in eine Demokratie und freie Marktwirtschaft sowie auf seinem Weg in die Europäische Union und die euro-atlantischen Strukturen genommen hat. Deutschland hat diesen Weg stets nachdrücklich unterstützt. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern haben sich in allen Bereichen überaus positiv entwickelt. Das Netzwerk der Verbindungen auf Bund-, Länder- und kommunaler Ebene ebenso wie zwischen privaten Initiativen und Bürgern unserer beider Länder ist inzwischen stark ausgebaut worden.

In unterschiedlichen Funktionen im deutschen Auswärtigen Dienst habe ich in diesem Zeitraum - zunächst als Leiter des Planungsstabs, dann als Politischer Direktor und von 1998 bis 2001 als Staatssekretär - die politischen Beziehungen Deutschlands zu Litauen ein Stück weit mitgestalten können. Dabei schätze ich mich glücklich, dass mich mit dem früheren Vize-Außenminister und jetzigen Botschafter der Republik Litauen in Washington, Vygaudas Ušackas, inzwischen auch eine persönliche Freundschaft verbindet, die wir in Washington künftig pflegen und vertiefen wollen.

Die vergangenen zehn Jahre deutsch-litauischer Beziehungen können nicht ohne einen Blick auf den historischen Hintergrund verstanden werden. Deutschland und Litauen verbindet eine Jahrhunderte alte, fruchtbare, wenn auch nicht immer einfache Geschichte, in der die positiven Elemente überwiegen. Beispiele hierfür gibt es viele: Allen Litauern ist das frühere Königsberg als der Ort bekannt, an dem der erste Katechismus in litauischer Sprache gedruckt wurde. Der große Maler und Musiker Čiurlionis hat lange Zeit in Leipzig gewirkt. Seine Jahre in Deutschland und die Auseinandersetzung mit der deutschen Philosophie prägten das Denken des bedeutenden litauischen Philosophen Vydūnas. Er stammte ebenso wie die deutschen Dichter Sudermann und Bobrowski aus dem Memelland. Thomas Mann verbrachte auf der Kurischen Nehrung bei Nida seine Sommerferien. Maler wie Corinth und Schmitt-Rottluff

wirkten hier. Das jüdische Leben im "Jerusalem des Ostens" strahlte auch nach Deutschland aus, Albert Einstein war zum Beispiel im Vorstand des Jüdischen Wissenschaftlichen Instituts von Vilnius. Der Pakt zwischen Hitler und Stalin hat dann dem litauischen Volk ein schweres Schicksal auferlegt und der jüdischen Bevölkerung Litauens unermessliches Leid zugefügt.

Europa verdankt es auch dem Freiheitswillen der Litauer, dass es am Ende eines Jahrhunderts mit zwei furchtbaren Kriegen eine neue Chance hat, Frieden und Freiheit auf dem ganzen Kontinent zu erreichen. Der historische Umbruch Europas brachte den Deutschen den Fall der Berliner Mauer im November 1989 und die Wiedervereinigung im Oktober 1990. Die baltischen Staaten erkämpften sich gleichzeitig durch die "singende Revolution" erneut die Unabhängigkeit. Der Weg dorthin war für Litauen lang und schmerzvoll. Wir erinnern uns noch gut an die Entstehung der Sajūdis-Bewegung und die bewegenden Bilder von der "Baltischen Kette" aus einer Million Menschen von Tallinn über Riga nach Vilnius im August 1989. Nach dem Sieg der Sajūdis bei den Wahlen in Litauen im Februar 1990 und mit der Erklärung der Wiederherstellung der Unabhängigkeit im März 1990 übernahm Litauen die Führung der baltischen Staaten im Kampf um die Unabhängigkeit und zahlte in der Folge den teuersten Preis für ihre Wiederherstellung: Die Wirtschaftsblockade durch die damalige Sowjetunion sowie die Opfer bei der Erstürmung des Fernsehturms, des Televisionsgebäudes und beim Kampf um das Parlamentsgebäude in Vilnius bleiben unvergessen.

Die Bundesregierung begleitete die litauische Unabhängigkeitsbewegung mit großer Sympathie. Mit dem Scheitern des Moskauer Putsches gegen Präsident Gorbatschow im August 1991 eröffnete sich der Weg für die Anerkennung der baltischen Staaten. Auf Initiative des damaligen deutschen Außenministers Genscher und seines dänischen Amtskollegen Ellemann-Jensen erfolgte am 27. August 1991 die Anerkennung der baltischen Staaten durch die EU-Mitgliedsstaaten. Bereits einen Tag später, am 28. August 1991, unterschrieben die Außenminister Deutschlands, Estlands, Lettlands und Litauens - im Beisein des Bundeskanzlers - die Dokumente über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Eine Woche danach überreichte der erste deutsche Botschafter in Vilnius sein

Beglaubigungsschreiben. Wieder eine Woche später besuchte eine erste deutsche Regierungsdelegation die drei baltischen Staaten, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Auf ihrer letzten Station wurde diese Delegation vom Bundesaußenminister eingeholt, der den baltischen Staaten vom 9. - 11. September 1991 einen Blitzbesuch abstattete. Dabei sprach sich Außenminister Genscher für eine Assoziierung der baltischen Staaten mit der Europäischen Gemeinschaft aus, und zwar ausdrücklich mit der Perspektive der Vollmitgliedschaft. Bald darauf initiierte er zusammen mit seinem dänischen Kollegen Ellemann-Jensen den Ostseerat, der im März 1992 gegründet wurde und als Katalysator einer flächendeckenden Zusammenarbeit in der Region - einschließlich der russischen Gebiete von St. Petersburg und Kaliningrad/Königsberg - dient.

Das deutsch-litauische Verhältnis hat sich seit der Wiederaufnahme der Beziehungen rasch weiterentwickelt. Die Grundlage der deutsch-litauischen Beziehungen bildet die Gemeinsame Erklärung vom April 1993. Probleme in den bilateralen Beziehungen gibt es nicht. Die Dichte der Begegnungen auf allen Ebenen ist heute eng, die Anzahl der hochrangigen Begegnungen eindrucksvoll. Bundespräsident von Weizsäcker besuchte Litauen im Oktober 1993. Parlamentspräsident Landsbergis wurde 1992 und Präsident Brazauskas 1994 und 1996 in Bonn empfangen. Der vertrauensvolle Dialog bewährte sich auch bei zahlreichen Gesprächen von Bundesaußenminister Kinkel mit Außenminister Saudargas oder Außenminister Gylys oder bei seinem Besuch in Litauen 1995. Ein erstes deutsch-baltisches Außenministertreffen fand im März 1993 in Bonn statt. Seit dem deutsch-baltischen Außenministertreffen am 28. August 1996 aus Anlaß des 5. Jahrestages der Wiederaufnahme der Beziehungen finden jährliche Konsultationen in dem sogenannten "3+1"-Rahmen statt. Mitte Februar 1999 besuchte Staatsminister Verheugen die drei baltischen Hauptstädte und unterzeichnete die jeweiligen Abkommen über visumsfreien Reiseverkehr im Schengen-Raum, die am 1. März 1999 in Kraft traten. Damit konnte dieser auch bilateral bedeutsame Diskussionspunkt nach jahrelangen Bemühungen erfolgreich gelöst werden. Einen Höhepunkt in den bilateralen Beziehungen stellte der Staatsbesuch von Bundespräsident Herzog in Litauen im Mai 1999 dar. Ein Jahr später - im Juni 2000 - setzte der erste Besuch eines deutschen Bundeskanzlers in Litauen ein

Zeichen, dass wir die Partnerschaft mit Litauen ernst nehmen und ausbauen wollen. Der Besuch verdeutlichte, dass vor allem in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erhebliches Potenzial steckt. Am 25. Januar 2001 empfing Bundesaußenminister Fischer in Berlin den litauischen Außenminister Valionis zu Gesprächen in Berlin und im Mai 2001 fand auf Einladung von Bundestagspräsident Thierse der Deutschlandbesuch von Parlamentspräsident Paulauskas statt. Eine ganze Reihe von Besuchen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene nach Litauen sowie Besuche von litauischen Politikern in Deutschland zu den verschiedensten Anlässen unterstreichen eindrucksvoll die Verbundenheit Deutschlands und Litauens. Daneben bestehen einige deutsch-litauische Städtepartnerschaften, von denen ich stellvertretend die Partnerschaft zwischen Erfurt und Vilnius und zwischen Lübeck und Klaipėda nennen möchte.

Auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Litauen entwickeln sich erfreulich. Der Handel zwischen unseren beiden Ländern hat sich seit 1993 mehr als verdreifacht. Der litauischen Regierung gebührt Anerkennung für die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen. Das Doppelbesteuerungsabkommen, das seit 1995 in Kraft ist, und der seit 1997 bestehende Investitionsfördervertrag haben die Investitionsbedingungen gerade für deutsche Firmen weiter verbessert. Zwar wurde die litauische Wirtschaft von den Auswirkungen der Finanzkrise in Russland stärker getroffen als die baltischen Nachbarn, jedoch entwickelten sich die Handelsbeziehungen bereits 1999 und 2000 schon wieder so gut, dass Deutschland heute zu den größten Handelspartnern Litauens zählt. Trotz der insgesamt guten Entwicklung des Handels und der Investitionen deutscher Unternehmen in Litauen in Höhe von 300 Millionen DM bis zum Jahr 2000 besteht nach wie vor ein großes Entwicklungspotenzial. Die deutsche Regierung weiß sehr wohl, dass Litauen sich noch mehr Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen wünscht, und tut daher ihr Mögliches, um das Engagement der deutschen Wirtschaft in Litauen und in der Ostseeregion zu verstärken. Dieses Anliegen war auch einer der Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft im Ostseerat, die im Juni 2001 zu Ende ging. Ich bin überzeugt, dass die deutsche Wirtschaft die Chancen, die die Perspektive der EU-Erweiterung bietet, in Litauen aktiv nutzen wird.

Hinsichtlich der kulturellen Beziehungen sind wir glücklich darüber, dass das Goethe-Institut seit April 1998 in Litauen vertreten ist. Auf die grosse Nachfrage nach Deutschunterricht reagieren wir mit der Entsendung von Fachberatern für die deutsche Sprache sowie Gastlehrern aus Deutschland. Auch die Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft (Deutscher Akademischer Austauschdienst, Alexander-von-Humboldt-Stiftung) entwickelt sich positiv. Erfreulich ist, dass wir mit entsprechenden Ressortabkommen über eine Grundlage verfügen, auf denen sich ein deutsch-litauischer Jugendaustausch vollziehen und vertiefen kann.

III. Hauptziel unserer Politik gegenüber Litauen und den anderen baltischen Staaten war und bleibt es, einen Beitrag zur Sicherung der Unabhängigkeit und zum Aufbau demokratisch-rechtsstaatlicher sowie marktwirtschaftlicher Strukturen zu leisten und sie an die europäischen und euro-atlantischen Institutionen heranzuführen.

Deutschland war und ist an den Entwicklungen im Ostseeraum unmittelbar interessiert. Das Ziel der deutschen Außenpolitik für den Ostseeraum ist klar: es geht um die Festigung von Stabilität, Sicherheit und Prosperität durch Zusammenarbeit. Dies beinhaltet insbesondere den möglichst raschen EU-Beitritt Litauens und der anderen baltischen Staaten sowie die Fortführung des Öffnungsprozesses des Nordatlantischen Bündnisses. Der Ostseeraum mit seinen ca. 100 Millionen Menschen besitzt großes politisches, wirtschaftliches und kulturelles Entwicklungspotenzial. Hier wird europäische Zukunft gestaltet.

Der Abschluss des Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union am 18. Juli 1994 und der Unterzeichnung des Europaabkommens am 12. Juni 1995, das am 1. Februar 1998 in Kraft trat, bilden wichtige Grundsteine der Beziehungen zwischen der EU und Litauen. Es waren aber vor allem die Leistungen der Litauer und der litauischen Politik, die dazu führten, dass Litauen beim Europäischen Rat in Helsinki die Einladung zu formellen Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union erhielt, die am 15. Februar 2000 aufgenommen wurden. Auf dem Europäischen Rat von Göteborg im Juni 2001 wurde zusätzlich klargestellt, dass die ersten Beitrittsländer bereits an den Wahlen zum Europaparlament im Jahr 2004 teilnehmen werden.

Ich denke, dass Litauen das Ziel des Abschlusses der Verhandlungen bis zum Ende des Jahres 2002 erreichen kann.

1998 habe ich in einem Beitrag für die Zeitschrift "Internationale Politik", den ich ganz bewusst unter die Überschrift "Nicht gegen Russland" stellte, deutlich gemacht, dass in meinen Augen nur ein Politikansatz Erfolg haben wird, der die Antwort auf die Grundfrage der Sicherheit im Ostseeraum nicht nur, aber vor allem in der Nutzung der Zusammenarbeitspotenziale der bestehenden Institutionen (Europäische Union, Europarat, WEU, NATO, OSZE, Ostseerat) bzw. in deren weiterem Ausbau (z.B. "Nördliche Dimension") sucht.

Diese Vorstellung findet ihren Ausdruck in den sorgfältig formulierten Sätzen, mit denen der Bundeskanzler sich im Juni 2000 auf seiner ersten Besuchsreise in die baltischen Staaten zur NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten geäußert hat: "Garant eines friedlichen Zusammenlebens im Ostseeraum ist eine kooperative Sicherheitsarchitektur, die die Antagonismen der Vergangenheit wirklich überwindet. Diese Architektur muss alle Anrainerstaaten einbeziehen. Dies gilt auch für Russland." Und weiter "... die Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO ist Ausdruck des Rechts aller Staaten, die Wege selbst zu wählen, auf denen sie ihre Sicherheit gewährleisten wollen. Unser vorrangiges Ziel bleibt die Erhöhung der Sicherheit und Stabilität in Mittel- und Osteuropa insgesamt. Wir wollen keine neuen Gräben, sondern eine europäische Ordnung, die sicherheitspolitische Grau- und Trennzonen vermeidet. Für uns war es daher ein wichtiger Schritt, dass der NATO-Gipfel im April 1999 in Washington den Beitrittswunsch Estlands und der übrigen Beitrittskandidaten begrüßt hat."

Wir stehen zu den Beschlüssen von Washington und arbeiten intensiv an der Fortsetzung der Politik der "Offenen Tür". NATO- und EU-Erweiterung werden ein geeintes, sicheres Europa schaffen. Der Beitritt neuer Staaten zur NATO muss sich an den folgenden Elementen orientieren: Er muss Stabilität produzieren - wie es durch die Aufnahme der letzten drei Mitglieder der Fall war. Er muss die NATO stärken, damit sie ihre Aufgaben auch in Zukunft

so wirksam wahrnehmen kann wie bisher, und der Sicherheit in ganz Europa dienen. Wir haben in Washington bekräftigt, dass die neuen Mitglieder nicht die letzten sein werden. Deshalb wollen wir den Prozess der NATO-Öffnung bei unserem Treffen in Prag fortführen und die Verpflichtung von Washington erfüllen: "Die neuen Mitglieder werden nicht die letzten sein". Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist auch, dass sich künftige neue Mitglieder auf die Anforderungen einer Mitgliedschaft im Bündnis gut vorbereiten. Politisch bedeutet das u.a., dass die baltischen Staaten ein möglichst kooperatives Verhältnis zu Rußland anstreben sollten. Dabei wollen wir Deutschen im Gespräch mit Moskau mithelfen. Deutschland leistet seinen Beitrag zur Vorbereitung der Aspiranten aber auch im militärischen Bereich - bilateral ebenso wie im multilateralen Rahmen des Aktionsplans für die NATO-Mitgliedschaft (Membership Action Plan).

Seit 1992 leistet Deutschland umfangreiche materielle Unterstützungsmassnahmen und Ausbildungshilfe für die litauischen Streitkräfte. Seit 1994 gibt es ein Abkommen über die militärpolitische Zusammenarbeit unserer beiden Länder. Diese Leistungen werden in einem losen Gremium (BALTSEA) koordiniert. Die Aufstellung eines baltischen Bataillons für friedensbewahrende Maßnahmen unter dänischer Gesamtleitung (BALTBAT), eines Flugsicherungssystems unter norwegischer Federführung (BALTNET) und der Aufbau eines baltischen Marineverbands (BALTRON), bei dem Deutschland die Funktion der Lead Nation übernommen hat, gehören hierzu ebenso wie die Einrichtung einer baltischen Verteidigungsakademie (BALTDEFACOL), an der auch deutsche Offiziere studieren.

- IV.** Die deutsche Politik, einen substanziellen Beitrag zum Aufbau demokratisch-rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Institutionen zu leisten, findet vor allem in dem umfangreichen finanziellen Engagement Deutschlands in Litauen wie auch in den anderen baltischen Staaten ihren Ausdruck. Die bilaterale Unterstützung für Litauen vollzieht sich beispielsweise im Rahmen des "Transformprogramms" der Bundesregierung beim Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa. Im Zeitraum 1994 bis 2000 wurden für Litauen rd. 45 Mio. DM (2000: ca. 4,36 Mio. DM) zur Verfügung gestellt. Beratungsschwerpunkte dieses

Programms sind Regierungs- und Rechtsberatung mit Prioritätensetzung auf die EU-Beitrittsvorbereitungen, Förderung des Unternehmenssektors auch im Bildungs- und Forschungsbereich u.a. durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen oder Beratung im Agrarsektor. Die Maßnahmen sollen grundsätzlich zur Stärkung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen beitragen, um gegenseitige Märkte und Beschäftigungspotenziale zu sichern. Die Beitrittsvorbereitungen Litauens werden von Seiten der Europäischen Union finanziell durch die Programme PHARE, ISPA und SAPARD unterstützt, wobei ISPA und SAPARD erst seit 2000 gelten. Das Programm PHARE dient dem Verwaltungsaufbau und der Investitionsförderung, ISPA unterstützt Strukturprojekte und SAPARD die Umgestaltung und Modernisierung der Landwirtschaft. Für die erste Phase der Schließung von Block 1 des Kernkraftwerks Ignalina leistet die Bundesregierung einen bilateralen Beitrag von 7 Mio. DM, verteilt auf sieben Jahre. Darüber hinaus ist Deutschland über den Beitrag der EU-Kommission auch mittelbar an den Schließungskosten beteiligt.

Deutschland hat sich auch in anderen Bereichen engagiert, beispielsweise durch Unterstützung beim Aufbau des litauischen Auswärtigen Dienstes. Von 1992 bis 1998 erhielt Litauen jährlich 3 Mio. DM an finanzieller Hilfe für den Aufbau der Polizei und Sicherheitskräfte sowie materielle Hilfe (Abgabe von NVA-Material) beim Aufbau des Grenzschutzes. Litauen wurde darüber hinaus in die Aktivitäten der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit einbezogen. Im Bereich Beratung und Ausbildung in den baltischen Staaten sind neben der Bundesregierung auch zahlreiche Bundesländer - insbesondere Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen aktiv. Die deutschen politischen Stiftungen leisten wichtige Beiträge zur politischen Entwicklung in den baltischen Staaten.

- V. Litauen ist mit seiner guten Verkehrsinfrastruktur, seiner günstigen geographischen Lage und seinen gutnachbarschaftlichen Beziehungen in der Region eine wichtige Drehscheibe zwischen Westeuropa und den Märkten in Mittel- und Osteuropa. Die heutigen deutsch-litauischen Beziehungen, eingebettet in die Mitgliedschaftsperspektiven der Europäischen Union und der

Allianz, haben Modellcharakter in einem zusammenwachsenden Europa. Litauen trägt schon heute wesentlich dazu bei, dass die Ostseeregion insgesamt ein Raum der Zusammenarbeit und der Prosperität geworden ist, den ein dynamisches Entwicklungspotenzial auszeichnet. Für das nächste Jahrzehnt der deutsch-litauischen Beziehungen ist die Ampel deshalb dauerhaft auf "grün" geschaltet.